

Gleichheit, Arbeit, Verdienst

Urs Marti

Freiheit, Gleichheit, Eigentum – die drei Prinzipien umschreiben das Programm der Emanzipation des Bürgertums, seines Jahrhunderte währenden Kampfes gegen feudal-aristokratische Privilegien und absolute Königsmacht. Als Geschöpfe Gottes sind die Menschen gleich, Rangunterschiede kann es zwischen ihnen nicht geben, alle haben ein Recht auf Eigentum, das heisst auf Leben, Freiheit und Besitz, so lehrte John Locke. Rechtmässig ist der Anspruch auf privates Eigentum, weil jede Aneignung eines natürlichen Guts auf Arbeit beruht. Die Eigenleistung verwandelt das ursprüngliche Gemeineigentum in privates Eigentum, begründet also das Recht eines Menschen, andere von dessen Gebrauch auszuschliessen, wobei vorausgesetzt wird, dass niemand mehr Güter besitzt, als er nutzen kann, und niemand zu wenig, um überleben zu können. Nun bleibt Locke allerdings zu erklären, weshalb in der realen Welt die Menschen ungleich sind und einige sehr viel, andere ausser ihrer Arbeitskraft nichts besitzen – kurz: Weshalb jene, die tatsächlich arbeiten, über kein Eigentum verfügen und die Wohlhabenden andere für sich arbeiten lassen. Locke hält zwei Erklärungen bereit. Die erste ist wenig originell: Gott gab die Welt den Fleissigen und Verständigen zur Nutznießung. Wer zu kurz kommt, ist selber schuld, mangelt es ihm doch an Fleiss und Verstand. Interessanter ist der zweite Grund. Die Erfindung des Geldes bedeutet die stillschweigende Einwilligung in die ungleiche Verteilung der Ressourcen. Für die Anhäufung von Geld gibt es keine natürliche Schranke; wenn die Natur ein Mass des Eigentums festsetzt, so wird dieses mit der Erfindung des Geldes hinfällig.¹

Ungleiche Verteilung als Naturgesetz?

Locke ist – seiner naturrechtlichen Rhetorik ungeachtet –

überzeugt davon, dass es zwei Klassen von Menschen gibt und geben muss. Den Grundbesitzern stehen die Lohnarbeitenden gegenüber, Menschen, die zwar bloss ihre Arbeitskraft besitzen, doch eben deshalb als Eigentümer und Teil der bürgerlichen Gesellschaft gelten können. Treten sie einem anderen gegen Lohn für eine gewisse Zeit ihre Dienste vertragsmässig ab, verlieren sie damit nicht ihre Freiheit. Dass, wer arbeitet, wenig oder nichts besitzt, widerspricht in Lockes Sicht nicht dem Naturrecht, versteht er doch unter Arbeit nicht ausschliesslich eine individuelle Leistung. Wer seinen Knecht arbeiten lässt, ist berechtigt, sich das Produkt von dessen Arbeit anzueignen. Die Unterschiede zwischen Landbesitzern und TagelöhnerInnen betreffen freilich nicht nur das Ausmass des Eigentums. Der Lohnarbeiter kann genau besehen nicht als vollwertiges Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft gelten, fehlt es ihm doch an Verstand. Wer sich zeitlebens mit mühsamer, körperlicher Arbeit abquält, verfügt nicht über die intellektuellen Fähigkeiten, die den mündigen Bürger auszeichnen. Tagelöhner, ledige Frauen und Milchmädchen können nur auf klare und einfache Befehle hören, wie Locke glaubt. Arbeitende leben von der Hand in den Mund; was sie verdienen, reicht gerade fürs Überleben.²

Lockes Einstellung wird im politischen Denken bis ins frühe 19. Jahrhundert kaum in Frage gestellt. Es gilt geradezu als Naturgesetz, dass wirtschaftliche Prosperität die Existenz einer arbeitenden Klasse erfordert, die dazu verurteilt ist, mit minimalen Ressourcen auszukommen und aus Angst vor völliger Verelendung jede Arbeit anzunehmen. Der Müssiggang der wenigen beruht auf der Bereitschaft der vielen, sich für die wenigen zu opfern, so bringt es Bernard de Mandeville auf den Punkt.³ Man kann es drehen und wenden, wie man will: Keiner der zahllosen Versuche, die Wohlstandsunterschiede in einer Gesellschaft auf Verdienst und Verschulden zurückzuführen, vermag zu überzeugen. Treffend hat Marx die Argumentationsweise von Locke und anderen resümiert: In Vorzeiten gab es »auf der einen Seite eine fleissige, intelligente und vor allem spar-

same Elite und auf der andren faulenzende, ihr alles und mehr verjubilende Lumpen. [...] So kam es, dass die ersten Reichtum akkumulierten und die letzten schliesslich nichts zu verkaufen hatten als ihre eigne Haut. Und von diesem Sündenfall datiert die Armut der grossen Masse, die immer noch, aller Arbeit zum Trotz, nichts zu verkaufen hat als sich selbst, und der Reichtum der wenigen, der fortwährend wächst, obgleich sie längst aufgehört haben zu arbeiten«.⁴

Objektive und moralische Schranken der Lohnbildung

Doch wieso ist eigentlich eine ungleiche Güterverteilung unhaltbar? Sollen alle gleich viel besitzen? Das ist nicht der Standpunkt von Marx, vielmehr hält er die Ansicht, Grund- oder Kapitalbesitzer sowie Menschen, die alleine von ihrer Arbeit leben, hätten die gleiche Wahl- und Handlungsfreiheit, für illusionär. Die Illusion wird im Arbeitsmarkt erzeugt. In der Marktsphäre geben allein Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Eigennutz den Ausschlag, wie Marx ironisch bemerkt. Käufer und Verkäuferin der Ware Arbeitskraft sind nur durch ihren freien Willen bestimmt und kontrahieren als freie Personen. »Und eben weil so jeder nur für sich und keiner für den andren kehrt, vollbringen alle, infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge oder unter den Auspizien einer allpffiffigen Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses.«⁵ Die Ironie gilt der Annahme, als Marktakteure seien die Menschen gleich und frei. Ein freiwilliger, für Käuferin wie Verkäufer der Arbeitskraft vorteilhafter Tausch findet dann nicht statt, wenn bei grossen Wohlstandsunterschieden der Mangel an Subsistenz- oder Produktionsmitteln die Verkäufer zum Abschluss eines für sie unvorteilhaften Vertrags zwingt, konkret beispielsweise dazu, mangels effektiver Wahlfreiheit Löhne zu akzeptieren, welche die Lebenskosten nicht decken, die Gesundheit aufs Spiel zu setzen oder den Verlust von Selbstbestimmung in Kauf zu nehmen. Kurz: Die Wohlstandsunterschiede sind

nicht deshalb kritisierbar, weil einige weniger besitzen als andere, sondern weil jene, die wenig besitzen, in ihrer Autonomie eingeschränkt sind.

Es gibt indes noch einen weiteren Grund der Kritik. Die Arbeitskraft, verstanden als Inbegriff der Fähigkeiten, die in der Persönlichkeit eines Menschen existieren, wird zur Ware, für die es einen Markt gibt. Im Gegensatz zu anderen Waren enthält die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein »moralisches Element«. ⁶ Der Kaufpreis muss so bemessen sein, dass er die Reproduktion der Arbeitskraft sowie die Befriedigung biologischer, kultureller und intellektueller Bedürfnisse ermöglicht. Anders gesagt: Der Kaufpreis für die Ware Arbeitskraft wird zwar von Angebot und Nachfrage bestimmt, aber zugleich stösst die Preisbildung auf »objektive« oder eben »moralische« Schranken. Ein zu tiefer Preis kann bewirken, dass elementare und im Sinne des egalitären Naturrechts legitime Rechtsansprüche arbeitender Menschen – auf Sicherheit, Unabhängigkeit, Gesundheit, Bildung oder ganz allgemein auf die für das liberale politische Denken so zentrale Verwirklichung selbst gewählter Lebenspläne ⁷ – verletzt werden.

Wiederum gibt nicht das Kriterium der Gleichheit den Ausschlag. Eine Wirtschaftsordnung ist für Marx nicht dann vernünftig, wenn alle Menschen gleich behandelt werden, sondern wenn sie ihre Bedürfnisse befriedigen, ihre Fähigkeiten entfalten können und bei der Wahl ihrer Tätigkeit weder von anderen Menschen abhängig noch dem »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse« unterworfen sind. Dass jedoch Menschen als Individuen ungleich sind, dass sie je eigene und besondere Fähigkeiten, Bedürfnisse und Wünsche haben, steht für Marx ausser Frage. In einer nach-kapitalistischen Ordnung muss die Individualität respektiert werden – und sie kann auch erst in einer solchen Ordnung respektiert werden, wie Marx argumentiert, kann doch erst darin der Grundsatz gelten: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. ⁸

Der Markt belohnt nicht die Leistung

Friedrich von Hayek, ein Vordenker des Neoliberalismus, hat zurecht geltend gemacht, eine reine Marktwirtschaft könne nur unter dieser Bedingung aufrecht erhalten werden, sie wird nicht einem Entlohnungsschema unterworfen, welches auf Kriterien wie Verdienst oder Bedürfnis beruht. Ausschliesslich Angebot und Nachfrage sollen darüber entscheiden, welcher Preis für den Kauf der Ware Arbeitskraft bezahlt wird; ein Bedürfnis, das nicht mit hinreichender Kaufkraft einhergeht, wird vom Markt genauso wenig wahrgenommen wie eine grossartige Leistung, deren Produkt nicht nachgefragt wird. Wenn die Marktwirtschaft trotz der durch sie bewirkten Ungleichheiten akzeptiert wird, so erklärt sich dies laut Hayek dadurch, dass die Menschen glauben, alle erhielten den Anteil, der ihnen nach Massgabe ihrer Leistung zustehe. Doch der Glaube, Leistung werde vom Markt belohnt, ist illusionär.⁹ Das so häufig ins Feld geführte Schlagwort »Leistung muss sich wieder lohnen«, widerspricht der reinen neoliberalen Lehre ebenso wie die Forderung nach bedarfsgerechter Entlohnung.

Kann man mit Blick auf rechtfertigungsbedürftige Lohnunterschiede überhaupt mit dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit argumentieren? Wie lässt sich Leistung messen und objektiv bewerten? Welche Relation besteht zwischen der zur Herstellung eines Produkts nötigen Arbeitsleistung und der Nachfrage nach diesem Produkt? Wird der Preis, der für eine bestimmte Arbeitsleistung geboten wird, von Angebot und Nachfrage bestimmt, hat er mit der Tätigkeit selbst häufig wenig bis nichts zu tun. John Stuart Mill hat einmal bemerkt, die Institution des Privateigentums habe zur Folge, dass die Zuteilung des Arbeitsprodukts im umgekehrt proportionalen Verhältnis zur Intensität der Arbeit steht; wer nicht arbeitet, erhält den grössten Teil, wer die härtesten körperlichen Arbeiten verrichtet, kann kaum damit rechnen, überhaupt das Lebensnotwendige zu verdienen.¹⁰ Was das Kriterium der Bedürfnisgerechtigkeit betrifft, so dürften intuitiv zwar viele die Ansicht vertreten, es sollte bei der

Entgeltung von Arbeitsleistungen ebenfalls nicht unberücksichtigt bleiben. Allerdings setzt die Anwendung dieses Kriteriums voraus, dass man Bedürfnisse bewertet und sich auf eine Rangordnung einigt, dass man beispielsweise ›wahre‹ von ›falschen‹ Bedürfnissen unterscheidet. Gewiss gebührt Bedürfnissen, deren Befriedigung Bedingung einer menschenwürdigen Existenz, eines selbstbestimmten Lebens oder der Entwicklung der Persönlichkeit ist, der Vorrang gegenüber der Befriedigung von Luxusbedürfnissen. Wo die Grenze zwischen vitalen beziehungsweise autonomie-relevanten Bedürfnissen und Luxusbedürfnissen zu ziehen ist, wird aber stets umstritten bleiben. Dennoch ist undenkbar, dass in demokratischen Gesellschaften Bedürfnisse in volkswirtschaftlichen Entscheidungen völlig ausgeblendet bleiben. Es ist oft unumgänglich, Marktmechanismen mittels Lohnvorschriften zumindest partiell ausser Kraft zu setzen, und das häufig geäußerte Lamento, welches suggeriert, solche Vorschriften privilegierten ›Arbeitsplatzbesitzer‹ gegenüber Arbeitssuchenden, ist nichts anderes als Ausdruck eben jener Haltung, die unterstellt, Bedürfnisse sollten im Markt keine Rolle spielen.

Individuelle Freiheit und Selbstbestimmung

Nochmals gesagt: Gleichheit ist in der Marx'schen Konzeption nicht Selbstzweck, sondern allenfalls Mittel zum Zweck der individuellen Selbstbestimmung. Der Kapitalismus, von seinen VerteidigerInnen als Prozess der schöpferischen Zerstörung gefeiert, verlangt von einem Grossteil der arbeitenden Menschen fortwährend Opfer, zerstört Arbeitsplätze, disqualifiziert erworbene Qualifikationen, verhindert autonomes Handeln. Die kreativ-destruktiven Prozesse werden gerne im Namen künftigen Wohlstands gerechtfertigt. Ob nun die damit einhergehenden Versprechen eingelöst werden oder nicht: Es widerspricht der modernen, individualistischen Auffassung, Menschen für kollektive Zwecke zu instrumentalisieren und ihre ökonomische Sicherheit der ungewissen Verheissung künftigen Wohlstands zu opfern.

Wer wider besseres Wissen eigenen Wohlstand ausschliesslich als Resultat eigenen Verdienstes betrachtet, mag angesichts von Forderungen nach sozialem Ausgleich mittels angemessener Entlohnung der Arbeit von Neid und Gleichmacherei fabulieren. Eine extreme Ungleichverteilung monetärer Ressourcen ist für moderne Gesellschaften indes zunächst einmal ein nicht zu unterschätzender Krisenfaktor, wie Stimmen aus der Politik regelmässig mahnen, während relative Gleichheit mehr Zufriedenheit, mehr physische und psychische Gesundheit und weitere Vorteile für Wirtschaft und Gesellschaft bewirkt, wie empirische Studien nahelegen.¹¹ Angesichts solcher schwer widerlegbarer Einsichten nehmen die Nutzniessenden der bestehenden Ungleichverteilung vorzugsweise Zuflucht bei einer moralisierenden Sicht der Dinge. In gewohnter Manier weisen sie den Benachteiligten die Schuld an ihrer Situation zu, entdecken bei ihnen moralische Defizite wie fehlenden Sinn für Selbstverantwortung oder mangelnden Arbeitswillen. Das Problem einer extrem ungleichen Verteilung monetärer Ressourcen liegt jedoch darin, dass sie sich in einer monetarisierten Gesellschaft auf andere Verteilungen auswirkt. Nicht nur die Aussicht, die für ein selbstbestimmtes Leben unverzichtbaren materiellen Güter zu erwerben, kann für viele Menschen aufgrund der Gesetze von Angebot und Nachfrage unter Bedingungen extremer Wohlstandsdisparitäten schwinden, auch nicht-materielle Güter wie Anerkennung, Bildungs- und Partizipationschancen werden in der Regel ungleich verteilt. Wirtschaftliche Machtballungen und grosse Vermögensunterschiede unterminieren die für Demokratien so wesentliche Gleichheit der Chancen, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, wie John Rawls¹² konstatiert hat und uns die Realpolitik in Demokratien regelmässig vor Augen führt. Zuletzt bleibt jedoch nochmals zu betonen: Zweck der Herstellung grösserer monetärer Gleichheit kann legitimerweise nur in der Förderung individueller Freiheit liegen, in der Anerkennung des Rechts, autonom gewählte Lebenspläne zu verwirklichen, vorhandene Potentiale zu entfalten, sich neue Fähigkeiten anzueignen

und keine Arbeitsbedingungen akzeptieren zu müssen, die all dies verunmöglichen.

Literatur

- Hayek, Friedrich August von (GS): Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Tübingen 2001 ff.
- Locke, John (1963): The Works of John Locke (London 1823). Aalen.
- Locke, John (1977): Zwei Abhandlungen über die Regierung. Frankfurt/M.
- Locke, John (2002): Writings on Religion. Oxford.
- Mandeville, Bernard de (1980): Die Bienenfabel. Frankfurt/M.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich (MEW): Werke. Berlin 1956 ff.
- Mill, John Stuart (1963): Collected Works. Toronto.
- Mill, John Stuart (1974): Über die Freiheit. Stuttgart.
- Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/M.
- Wilkinson, Richard G., Pickett, Kate (2010): The spirit level: why greater equality makes societies stronger. New York.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Locke 1977: §§ 25–51
- 2 Locke 2002: 200, Locke W: Vol. V, 23f; 71
- 3 Mandeville 1980: 231; 318f; 333
- 4 Marx MEW 23: 741f
- 5 Marx MEW 23: 189f
- 6 Marx MEW 23: 181–185
- 7 Vgl. Mill 1974, Rawls 1979
- 8 Marx MEW 19: 21
- 9 Hayek GS B4: 215–225
- 10 Mill CW II: 207
- 11 Vgl. Wilkinson, Pickett 2010
- 12 Rawls 1979: 311f